

Drucksache Nr.: 389/2014

Federführend: Dezernat I

Anlagen:

Az.: Dez I, ap

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Stadtrat	18.12.2014	Ö	zur Information

Beitritt der Stadt Neustadt an der Weinstraße zum bundesweit auftretenden Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte,,

Antrag:

Der Stadtrat nimmt den Beitritt der Stadt Neustadt an der Weinstraße zum bundesweit auftretenden Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ zustimmend zur Kenntnis.

Begründung:

Im Verteilungskampf um Steuergelder zwischen Bund und Ländern ziehen die Städte, Gemeinden und Kreise häufig den Kürzeren. Weil die aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen nach dem Grundgesetz in die Zuständigkeit der Länder gehört, ist die kommunale Familie bei diesem Ringen um Geld nicht – direkt – beteiligt. Vielfach konnten die Kommunen keine erfolgreiche Gegenwehr gegen immer neue Aufgaben leisten, die ihnen per Gesetz von Bundestag und/oder Länderparlamenten ohne ausreichende Gegenfinanzierung übertragen wurden. Hauptleidtragende sind die strukturbelasteten Kommunen. Sozioökonomisch belastete Kommunen müssen häufig deutlich überproportionale Sozialausgaben tragen. Im Gegensatz zu den strukturstärkeren Städten, Gemeinden und Kreisen, die ihre kommunalpolitische Gestaltungskraft (noch) behalten haben, droht ihnen – die sich im hohen Maße über Kassenkredite finanzieren – mit der sich abschwächenden Konjunktur eine weitere politisch nicht mehr steuerbare fiskalische Problemverschärfung mit politisch schwer steuerbaren Verwerfungen. Die ökonomischen und fiskalischen Disparitäten zwischen ärmeren und reicheren Städten nehmen zu. Die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen ist im Land bereits jetzt nicht mehr gegeben. Darauf muss verstärkt aufmerksam gemacht werden.

Mit der finanziellen Entlastung der Kommunen vor allem im Bereich der Grundsicherung im Alter und mit besonderen Hilfen einzelner Bundesländer gibt es erste Schritte in die richtige Richtung. Eine dauerhaft wirksame Problemlösung ist damit aber nicht gegeben. Diese werden Bund und Länder in Zeiten der Schuldenbremse nur leisten, wenn der öffentliche und politische Druck ihnen keine andere Wahl lässt. Diesen Druck können die Kommunen nur mit Unterstützung der Bürger, Mandatsträger und Medien aufbauen. Das bedarf glaubwürdiger Kommunikation, parteiübergreifenden Handelns, enger Kooperation mit dem Deutschen Städtetag und anderen kommunalen Spitzenverbänden, vor allem aber des persönlichen Engagements der durch Urwahl legitimierten Verwaltungschefs und deren Finanzdezernenten.

Seit Jahrzehnten fordern die Kommunen erfolglos eine grundlegende Reform des kommunalen Finanzsystems. Damit diese endlich kommt, wollen Oberbürgermeister/innen, Bürgermeister/innen, Landräte/innen, und Kämmerer/innen aus etwa 50 Städten, Gemeinden und Kreisen über das parteiübergreifende Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ massiv Druck auf Bundes- und Länderregierungen machen. Deshalb trafen sie sich am 21. November 2014 zu einem Kommunalkongress in Kaiserslautern.

Die Kommunalpolitiker und Finanzdezernenten bekennen sich zu einem finanziell nachhaltigen Entwicklungspfad, zum kommunalen Haushaltsausgleich und kommunalen Schuldenabbau. Um dies zu erreichen sind sie zu weiteren politisch nur schwer durchsetzbaren Konsolidierungsmaßnahmen bereit. Aber sie fordern dazu von Bund und Ländern die Weichenstellungen zur Neuordnung der Kommunalfinanzen noch in dieser Wahlperiode. Die Sprecher des Aktionsbündnisses, verweisen auf die Verantwortung von Bund und Ländern, die über viele Jahre lang immer neue Gesetze ohne ausreichende Gegenfinanzierung zu Lasten der Städte, Gemeinden und Kreise beschlossen haben, insbesondere mit der Folge hoher Soziallasten. Das sei in Wahrheit der Hauptgrund für die katastrophale Finanznot vieler Städte, Gemeinden und Kreise. Sie könnten die ihnen per Gesetz übertragenen Aufgaben meist nur noch über Kassenkredite finanzieren, was die Altschulden bis ins Unermessliche hat wachsen lassen. Ohne zusätzliche Bundes- und Landeshilfen drohen trotz eisernen eigenen Sparens die Beschleunigung der fiskalischen Abwärtsspirale und damit die weitere Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung.

Der Weg aus der kommunalen Finanzkrise wird nur in einem Dreiklang von Maßnahmen der Kommunen, der Länder und des Bundes gelingen können. Nur wenn alle relevanten Ebenen zeitlich abgestimmt ihren Beitrag leisten, ist der kommunale Haushaltsausgleich in den strukturbelasteten Kommunen zu erreichen. Die Kommunen müssen ihre Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen konsequent fortsetzen. Der Bund muss die Finanzierung der Sozialausgaben reformieren. Ohne eine staatliche Finanzierung der gesamtstaatlichen wichtigen Sozial- und Transferausgaben wird die Reform zu kurz greifen. Dann hätten die ärmsten Kommunen weiter die höchsten Sozialausgaben und kämen aus der Schuldenfalle nicht mehr heraus. Dies muss durch eine gesamtdeutsche Förderung der Investitions- und Instandhaltungsbedarfe flankiert werden. Die Länder müssen schließlich sicher stellen, dass die Finanzausgleichsmasse sich auch in Zeiten der Schuldenbremse parallel mit den Ausgabenbedarfen entwickelt. Alles das muss in eine kommunale Entschuldungsstrategie eingebunden sein. Erst wenn Bund und Länder die Spitzenbelastungen glätten, werden die hoch verschuldeten Kommunen eine realistische Entschuldungsperspektive erhalten.

Damit die in den betroffenen Kommunen fast überall realisierten oder eingeleiteten Sparmaßnahmen wirklich zur Wiedergewinnung von kommunalpolitischer Gestaltungsfähigkeit führen, bedarf es nach Einschätzung vieler Fachleute einer abgestimmten Bundes- und Länderinitiative zur Finanzierung der Sozial- und Infrastrukturausgaben. Damit bekräftigt das auf Zeit geschlossene Aktionsbündnis ausdrücklich die Position des Deutschen Städtetages, in dessen Gremien die in Kaiserslautern versammelten Stadtchefs und Kämmerer aktiv mitarbeiten und mit dem sie die Verbreiterung ihres Aktionsbündnisses abgesprochen haben.

Beraten wurde bei der Kommunalkonferenz in Kaiserslautern, auf welche Weise die breite Öffentlichkeit über die wahre Situation in vielen notleidenden Städten informiert werden soll. Statt um Eskalation geht es um glaubwürdige Kommunikation. Erwartet wird persönliches Engagement der Stadtoberhäupter und ihrer Kämmerer, kollegiale und parteiübergreifende Abstimmung mit weiteren Kommunen in ähnlicher Notlage, politische Gespräche „mit offenem Visier“, eine regelmäßige und mit finanzwissenschaftlichen Fakten abgesicherte Öffentlichkeitsarbeit.

Neustadt an der Weinstraße, 04.12.2014

Oberbürgermeister